

Nord Stream 2 und die Energiesouveränität Europas

Jens van Scherpenberg

Die seit einigen Jahren schwelende innereuropäische wie transatlantische Kontroverse um das Projekt einer zweiten direkten Erdgas-Pipeline zwischen Russland und Deutschland – Nord Stream 2 – erfuhr zu Beginn des Jahres 2019 eine neuerliche Verschärfung, als bekannt wurde, dass der Botschafter der USA in Berlin, Richard Grenell, unter grobem Verstoß gegen diplomatische Usancen einen Brief an deutsche Firmen schrieb, die mit dem Projekt geschäftlich verbunden sind, in dem er ihnen offen mit amerikanischen Sanktionen gegen das Projekt und seine Beteiligten drohte, da dieses vitale amerikanische, aber auch europäische politische und Sicherheitsinteressen verletze.

Aber auch innereuropäisch stehen sich Gegner und Unterstützer des Projekt zum Teil erbittert gegenüber, aus unterschiedlichen Gründen.

Um so wichtiger ist es, die kontroversen Positionen auf ihre Stichhaltigkeit, ja auf ihre Lauterkeit hin zu hinterfragen. Sind es nur Sicherheitsinteressen, die die Gegnerschaft der USA, Polens und der baltischen Staaten gegen das Projekt bestimmen? Oder spielen hier auch wirtschaftliche

Aspekte eine Rolle? Und sind die „rein wirtschaftlichen“ Motive für das Projekt plausibel? Verfolgen Deutschland und die anderen an dem Projekt indirekt beteiligten EU-Staaten damit keinerlei politische Absichten?

Das Projekt, seine Beteiligten und seine Gegner

Die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2, die derzeit im Bau ist und noch 2019 fertiggestellt sein soll, wird mit zwei Strängen überwiegend parallel zu der schon Ende 2011 in Betrieb genommenen, ebenfalls zweisträngigen Nordstream-Pipeline verlegt. Während letztere bei der russischen Stadt Wyborg nahe der russisch-finnischen Grenze beginnt, wird die russische Landstation von Nord Stream 2 bei Ust-Luga nahe der russisch-estnischen Grenze liegen. Im Finnischen Meerbusen und damit an der Grenze zwischen der russischen und finnischen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) laufen die Trassen beider Pipelines zusammen und durchque-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München